

Vertrag – Prozess – Restrukturierung

*Festschrift für Reinhard Bork
zum 70. Geburtstag*

Herausgegeben von

Florian Jacoby

Frank Kebekus

Michael Veder

Gerhard Wagner

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.	V
------------------	---

Bürgerliches Recht und Grundlagen

<i>Marietta Auer</i> Civilistische Praxis. Ein Streifzug durch 225 Bände AcP	3
<i>Christoph Becker</i> Ausstattung von Zivilgesetzbüchern mit Allgemeinen Teilen im historischen Vergleich	23
<i>Tilman Repgen</i> Privatrechtliche Relevanz von Eigenrechten der Natur? Anmerkungen zu zwei Entscheidungen des Landgerichts Erfurt	45
<i>Karlheinz Muscheler</i> Die konkludente Willenserklärung	65
<i>Christian Armbrüster</i> Das pactum de non petendo.	81
<i>Stefan Vogenauer</i> „Harte Patronatserklärung“ oder „weiche“ Bekundung guten Willens? Zur Auslegung englischsprachiger Willenserklärungen bei Anwendbarkeit deutschen Rechts	95
<i>Claudia Schubert</i> Ersatz für Schock- und Trauerschäden. Eine überfällige Neuausrichtung der höchstrichterlichen Rechtsprechung .	115
<i>Jürgen Oechsler</i> Besitzdienerschaft im Außenverhältnis.	127

Dörte Poelzig

Sustainable (Linked) Loans.

Nachhaltigkeit durch Finanzierung. 143

Klaus Bartels

Schuldbeitritt vs. Sicherungsgesamtschuld.

Klärungsbedarf für die Beitrittsschuld, sofern die Urschuld im Wege
eines Rangrücktritts subordiniert ist 159

Markus Gehrlein

Probleme der Verpfändung von Kommanditbeteiligungen 179

Bodo Pfündl

Die nachträgliche Übersicherung bei Singularsicherheiten und ihre
vollstreckungsrechtlichen Folgen 191

Dieter Schwab

Gottlieb Planck und die Herausforderungen an eine Kodifizierung des
Familienrechts 209

Hans-Heinrich Trute

Wissenschaftsfreiheit im Äußerungsrecht 225

Dagmar Felix

Das BGB als Lückenfüller im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung.
Eine gefährliche Gleichung mit vielen Unbekannten 243

Zivilverfahrensrecht

Marie Luise Graf-Schlicker

Ziviljustiz neu denken: Effizienter, schneller, digitaler 261

Petra Pohlmann

Das Gebot effektiver Durchsetzung des Rechts der Europäischen
Union und das deutsche Zivilprozessrecht.
Wie steht es um die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten? 283

Christoph A. Kern

Mehr Klagen wagen?. 303

Caroline Meller-Hannich

Spezialisierung von Richterinnen und Richtern.
Die Insolvenz- und Restrukturierungssachen als Vorbild? 313

Heinz Vallender

Staatenimmunität versus effektive Rechtsdurchsetzung.

Auswege aus dem Dilemma 327

Bettina Heiderhoff

Was bleibt nach Real Madrid vom Ordre-public-Vorbehalt? 343

Dieter Leipold

Komplikationen bei der Suche nach dem richtigen Rechtsweg. 361

Herbert Roth

Negative Kompetenzkonflikte zwischen Spruchkörpern desselben

Gerichts bei gesetzlicher Zuständigkeitsregelung (§§ 72a, 119a GVG) . . . 369

Anton S. Zimmermann/Marc-Philippe Weller

Die rügelose Einlassung im Mehrebenensystem aus Europäischem und nationalem Zivilprozessrecht.

Bestraft das Leben auch die Pünktlichen? 383

Ulrich Magnus

Die *Oilchart*-Entscheidung des EuGH.

Neues zur Zuständigkeitsabgrenzung zwischen der Brüssel Ia-VO

und der EuInsVO? 399

Eberhard Schilken

Einige konservative Überlegungen zum Missbrauch

der Vertretungsmacht im Verfahrensrecht 417

Anatol Dutta

Grenzenlose Verlagerung des Prozesskostenrisikos durch Abtretung an Prozessführungsunternehmen?

Eine Rechtsprechungsexegese. 427

Wolfgang Lücke

Zum Anwendungsbereich des § 240 ZPO am Beispiel

der Streitwertfestsetzung 445

Gerhard Wagner

Das Recht auf Zugang zu Beweismitteln als Folgeprinzip des Gebots

effektiven Rechtsschutzes 459

Alexander Wilfinger

Kollektive Feststellungsentscheidungen in Deutschland und Österreich . . 479

Christoph Althammer

Prozessuale Fragestellungen im Kontext der künftigen Umsetzung der
„Anti-SLAPP-Richtlinie“ in Deutschland 493

Paul Oberhammer

Zur Struktur des Verbandsklageverfahrens auf Abhilfe
im österreichischen Recht 507

Nikolaos K. Klamaris

Grundlinien und Grundlagen des autonomen hellenischen
internationalen Zivilprozessrechts.
Eine zusammenfassende systematische Analyse 523

Jessica Schmidt

Shareholder protection in case of cross-border conversions, mergers,
and divisions.
The international jurisdiction conundrum 541

Dominik Skauradszun

Elektronische Aktien in Zwangsvollstreckung und Insolvenz 557

Wolfgang Wurmnest

Die Reform der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit durch das
Freihandelsabkommen CETA 575

Antonio Maria Marzocco

Die umstrittene Unterscheidung zwischen Vereinsgerichten
und Schiedsgerichten in Deutschland und Italien 593

Jochen Taupitz

Aufgaben und Zuständigkeiten von Ethik-Kommissionen im Kontext
von Biobanken 609

Insolvenzrecht

Peter A. Windel

Herausforderungen des Insolvenzverfahrensrechts 625

Moritz Brinkmann

Vom Besonderen zum Allgemeinen?
Denkanstöße aus dem Bankeninsolvenzrecht für die Entwicklung
des allgemeinen Insolvenzrechts 637

Christoph G. Paulus

Par condicio creditorum vs. Massemaximierung. 653

Catarina Serra

The age of preventive restructuring frameworks.

Are there public interests left in corporate insolvency law? 669

Frank Kebekus

Übergeordnetes Verfahrensinteresse – wichtiges Korrektiv oder

unzulässige Jokerkarte des Verwalters?. 685

Karsten Schmidt

Zivilprozessrechtliche Parteilehre und Konzerninsolvenz.

Ein Streiflicht im Universum der Insolvenzverwaltertheorien 703

Andreas Piekenbrock

Kapitalgesellschaften als Insolvenzverwalter. 711

Lucas Flöther/Katharina Gelbrich

Die Rollenverteilung zwischen Schuldner und Sachwalter im

Eigenverwaltungsverfahren.

Rechtsstellung, Pflichten und Haftung. 729

Alexander Bruns

Die Haftung des Insolvenzverwalters im transatlantischen Rechtsvergleich 745

Sarah Paterson

Inability to Pay Debts in English Law.

Appropriately Versatile or Inappropriately Vague? 757

Christian Berger

„Ernsthaftes Einfordern“ einer Verbindlichkeit bei der Zahlungsunfähigkeit? 773

Lars Westpfahl

Die neue drohende Zahlungsunfähigkeit.

Alle Fragen gelöst?. 789

Georg Bitter

Gesamtbetrachtung nach § 15b Abs. 4 Satz 2 InsO als eindeutiger Wille

des Gesetzgebers 807

Belle Vulto

Das Fixierungsprinzip als Leitlinie des „Begründetseins“ im Sinne des

§ 38 InsO 825

Godehard Kayser

Freigabe, Pauschalfreigabe, Enthaftung.

Schillernde Rechtsinstitute ohne gemeinsame Wurzel. 845

Rüdiger Wienberg/Frank R. Primozic

Ein besonderer Fall der Zuweisung vertretbarer Sachen im Insolvenzverfahren.

„Out of the box“ 865

Markus Würdinger

Zukunft im Recht der Vorsatzanfechtung 879

Diederich Eckardt

Anfechtungsrechtliche Wissenszurechnung in der

Informationsverantwortungssphäre 893

Heinrich Schoppmeyer

Verjährung im Anfechtungsrecht 909

Florian Jacoby

Die Befreiung eines Bürgen als anfechtbare Rechtshandlung.

Ein Schulfall für die Doppelwirkung im Anfechtungsrecht! 925

Ulrich Haas

Das Recht der Gesellschafterdarlehen.

Zwischen Typisierung und Einzelfallgerechtigkeit 941

Daniel Könen

Einstandspflicht der Gesellschafter eines Personenverbandes für

Verfahrenskosten.

Ein Balanceakt zwischen Rechtssprechungsbruch und MoPeG 957

Reinout Vriesendorp

Simplified winding-up proceedings of microenterprises and fraud prevention.

Deadlock or paradox? 973

Nicola Preuß

Unternehmerinsolvenz im VDuG-Umsetzungsverfahren.

Problemfeld „Anfechtung“ im Stadium der Erfüllungssicherung 987

Hanns Prütting

Das Drama um die Lösungsklauseln in der Insolvenz 1003

Martin Abrens

Streitgegenstandsfragen bei § 302 Nr. 1 InsO 1009

Martin Spitzer

Prüfungsprozesse abseits der Norm 1025

Stephan Madaus

Wahlgerichtsstände für Forderungsfeststellungsklagen.

Ein Plädoyer für mehr Flexibilität und Sachnähe 1041

Olaf Muthorst

Offene Versicherungsprämien in der Insolvenz 1057

Robert Koch

Die D&O-Versicherung in der Insolvenz der Versicherungsnehmerin . . 1071

Peter Kindler

Der versicherungsrechtliche „Deckungskonkurs“.

Qualifikation und *Ordre-public*-Relevanz in internationalen Fällen. . . . 1089

Rolf Stürner

Der Schutz der in der Schweiz belegenen Deckungswerte deutscher

Pfandbriefbanken im Falle ihrer Insolvenz in der jüngeren Geschichte

des schweizerischen und deutschen Rechts 1105

Michael C. Frege/Dorian Beghin

Investive Gläubiger 1121

Peter Laroche

Wirkungsgrenzen ausländischer Insolvenzverfahren und Planregelungen

im Inland 1135

Wolf-Georg Ringe

Risiken bei der EU-Insolvenzrechtsharmonisierung 1147

Laura Carballo Piñeiro

Actio pauliana and EU private international law.

A complex personality in a binary world 1163

Bárbara Gadig

The Proposal for Harmonization of Transaction Avoidance Law in

Insolvencies within EU.

A Model for Brazil? 1183

Gerard McCormack

Cross Border Insolvency and the English common law 1199

Sven-Holger Undritz

Geschäftsführerhaftung im Sekundärinsolvenzverfahren.
(In)differentes Pflichtenprogramm in der grenzüberschreitenden
Insolvenz? 1223

Restrukturierung

Wolfgang Ernst

Römischrechtliche Grundlagen von Insolvenz- und Restrukturierungsplan 1235

Susanne Berner

Rechtliche und strategische Maßstäbe bei der Erstellung
des Restrukturierungsplans 1251

Francisco Garcimartin

New money and transaction avoidance actions.
When the *lex restructuracionis* and the *lex concursus* do not coincide . . . 1267

Christoph Thole

Gleichbehandlungsfragen im StaRUG 1279

Reinhard Dammann

Gleichbehandlung von Planbetroffenen und Gruppenbildung. 1297

Ben Schuijling/Michael Veder

The uneasy case for the recognition of non-public restructuring
proceedings under the WHOA and the StaRUG 1305

Carsten Schäfer

Einleitung einer Restrukturierungssache ohne Gesellschafterbeteiligung? 1321

Felix Steffek

Die rechtzeitige Auslösung von Restrukturierungs- und
Liquidationsverfahren über haftungsbeschränkte Gesellschaften aus
ökonomischer Perspektive 1337

Sebastian Mock

Aus dem Geld ... als zweifelhafte Grundlage einer Art von
wirtschaftlicher Betrachtungsweise im Restrukturierungsrecht 1355

Renato Mangano

Securitisation, Credit Default Swaps (CDSs) and Restucturing Law.
Struggling with creditors' rational apathy and moral hazard 1371

Jennifer Payne

Third-Party Releases in English Debt Restructuring 1385

Haimo Schack

Anerkennung präventiver Restrukturierungsverfahren im Ausland 1397

Bob Wessels

A Paper Construction To Protect Rembrandt From His Creditors? . . . 1409

Verzeichnis der Schriften von Reinhard Bork 1423

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 1449

Stefan Albiez
Matthias Petutschnig
Christian Wimpissinger (Hrsg)

Bilanz und Haftung

Strafrecht – Gesellschaftsrecht – Steuerrecht

2. Auflage

2026

Handbuch

■ VERLAG
■ ÖSTERREICH

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XI
 § 163a StGB – Verbandsinterne Bilanzdelikte	 1
<i>Hubert Hinterhofer/Birgit Julia Wirth</i>	
 Die strafrechtliche Verantwortung des Prüfers nach § 163b StGB	 39
<i>Stefan Albiez/Thomas Hartl/Lukas W. Zeinler</i>	
 Tätige Reue	 57
<i>Severin Glaser</i>	
 Bilanzrechtliche Aufgaben und Haftung der geschäftsführenden Organe	 87
<i>Julia Kusternigg/Rainer Werdnik</i>	
 Pflichten und Haftung des Aufsichtsrats bei der Aufstellung des Jahresabschlusses	 123
<i>Claudia Fochtman-Tischler/Christian Zwick</i>	
 Der Bestätigungsvermerk	 163
<i>Verena Nitschinger</i>	
 Änderung und Berichtigung des Jahresabschlusses im Unternehmens-, Gesellschafts- und Steuerrecht	 201
<i>Michael Brightwell/Matthias Petutschnig</i>	
 Abschlussprüferaufsicht	 233
<i>Robert Lindorfer/Nadine Wiedermann-Ondrej</i>	
 Enforcement	 253
<i>Christoph Fröhlich</i>	
 Aufgaben und Haftung der geschäftsführenden Organe im Kontext der Nachhaltigkeitsberichterstattung	 273
<i>Katrin Hummel/Lukas Seidl/Theresa Hartl</i>	

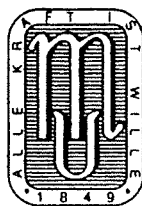
Bilanzverantwortung im Steuerrecht	311
<i>Barbara Gangl/Christian Wimpissinger</i>	
Fallbeispiele zu Gewinnzuschlägen aufgrund einer Bilanzberichtigung gemäß § 4 Abs 2 Z 2 EStG iZm Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen	335
<i>Anna Roth/Robert Rzeszut/Nikolaus Zorn</i>	
Bilanzierung der Steuergruppe	353
<i>Katrin Kernbichler/Christian Wimpissinger</i>	
Finanzstrafrechtliche Haftung im Bilanzrecht	383
<i>Barbara Gangl</i>	
Die Subsidiaritätsklausel des § 22 FinStrG zur tätigen Reue – Neuerliche Reformierung erforderlich?	399
<i>Anja Cupal/Alexandra Patloch-Kofler</i>	
Stichwortverzeichnis	413
Autorenverzeichnis	419

Reform der DSGVO?

Von wissenschaftlichen Diskussions- entwürfen zur Strategie für eine Europäische Datenunion

Herausgegeben von

**Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Christiane Wendehorst, LL.M.
(Cantab.)**
Universität Wien



Wien 2026
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	XV

Christiane Wendehorst

Datenschutz neu denken – eine Einführung	1
I. Geschichte eines Tabubruchs	1
II. Verschiedene Reformentwürfe	3
A. Der wissenschaftliche Diskussionsentwurf von 2024	3
B. Der ELI-Entwurf von Oktober 2025	4
C. Der Vorschlag für einen Digital-Omnibus von November 2025	5
D. Der ELI-Entwurf von März 2026	5
III. Generelle Überlegungen zu einer Reform	6
IV. Kritische Analyse des Diskussionsentwurfs	8
V. Ausblick	10

Teil I: Überlegungen zu einer Reform des Datenschutzrechts

Moritz Heunemann

Die globalen Dimensionen des Datenrechts	15
I. Einleitung	15
II. Wettbewerb der Daten(schutz)rechtsordnungen	17
A. Globale Datennutzung und transnational agierende Akteure	17
B. Datenstrategien weltweit	18
C. Daten(schutz)rechtliche Regulierungsmodelle weltweit	19
D. Die „Effekte“	26
III. Datenrechtsvergleichung	27
A. Funktion und Kontext von Datenordnung(en) und Datenkultur(en)	27
B. Blickrichtung(en) und Perspektive(n) der Datenrechtsvergleichung	28
C. ‘Decolonial’ Comparative Data Law	29
IV. Transnationales Datenrecht und Datenrechtsharmonisierung	30

Boris P. Paal

Das Verhältnis von DSGVO und jüngeren Digitalrechtsakten	33
I. Einleitung	33
II. Normativer Rahmen	34
A. Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)	34
B. Die neuen Digitalrechtsakte im Überblick	35
1. Data Governance Act (DGA)	35
2. Digital Services Act (DSA)	36

3. Data Act (DA)	37
4. Verordnung über künstliche Intelligenz (KI-VO)	38
III. Zentrale Fragestellungen	39
IV. Wortlautanalyse	40
V. Konfliktfallregelungen	41
VI. Verarbeitungsgrundlagen	43
A. Art 6 Abs 1 lit c und lit e DSGVO	44
B. Art 6 Abs 1 lit f DSGVO	45
C. Beispielsfall	47
VII. Zusammenfassung und Thesen	48

Matthias Schmidl

Das Regelungskonzept der DSGVO ist nicht alternativlos – ein besseres wurde bis jetzt aber auch nicht gefunden	51
I. Einleitung	52
II. Neuerungen in der DSGVO	53
A. Räumlicher Anwendungsbereich	53
B. Ausweitung der Betroffenenrechte	54
C. Stärkung der Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden und Vereinheitlichung der Aufgaben und Befugnisse	54
D. Regelung der Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden bei grenzüberschreitenden Fällen	55
E. Einrichtung des Europäischen Datenschutzausschusses	56
III. Entwicklung der Rechtsprechung des EuGH	57
A. Anwendbarkeit der DSGVO auf mündliche Datenübermittlung	57
B. Dateisystem	58
C. Gemeinsame Verantwortlichkeit	58
D. Auskunftsrecht, Kopie	58
E. Ablehnungsrecht der Aufsichtsbehörden	59
F. DSGVO verdrängt innerstaatliche Gewaltentrennung	60
G. Beweispflicht des Verantwortlichen	60
H. Geltung der DSGVO für innere Angelegenheiten einer Religionsgesellschaft oder Kirche	61
IV. Schwachstellen der DSGVO	61
A. Vertreter nach Art 27 DSGVO sowie Vollstreckung von Entscheidungen außerhalb des Unionsgebietes	61
B. Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	62
C. Meldepflichten an die Aufsichtsbehörden	63
V. Zusammenfassende Betrachtungen und Lösungsansätze	63

Klaus M. Steinmaurer

Datenschutz als Herausforderung für KI – Ein Beitrag zur Diskussion über Technologie, Wettbewerbsfähigkeit und Regulierung	67
I. Einleitung	67
II. Verhindert Regulierung Innovation?	70
III. Daten und globaler Wettbewerb	73
A. Allgemeines	73
B. Ausgangspunkt und Triebfeder für die DSGVO	74
C. EU-Datenstrategie – vom Datenschutz zur Datenökonomie	75
IV. Künstliche Intelligenz und die DSGVO	76
A. Allgemeines	76

B. Grundsätze (Art 5) und Rechtmäßigkeit (Art 6) der Verarbeitung nach der DSGVO und der Einsatz von KI	78
C. Exkurs: Profiling – Art 22 Abs 1 DSGVO	80
V. Herausforderungen der DSGVO für KI-Anwendungen	82
VI. DSGVO und KI in der Praxis – Chancen und Möglichkeiten	83
VII. Kompetenz auf Entwickler- und Anwenderseite	83
VIII. Verbesserungspotentiale in der DSGVO – Ausblick	85

Michael Will

Ein eigenes Datenschutzrecht für KI – Eine Bedarfsanalyse auf Grundlage erster aufsichtlicher Vollzugserfahrungen	89
I. Datenschutz und KI – Spannungsfelder und Schnittstellen	89
A. Vorbemerkung	89
B. KI als Gegenstand der Datenschutzaufsicht	91
C. Schnittstellen und Spannungsfelder	92
II. Eigenständige Regelungserfordernisse – eine Auswahl	94
A. Regelungsspielräume	94
1. Art 59 KI-VO als Prototyp KI-spezifischer Datenschutzbestimmungen	94
2. Schlussfolgerungen	96
B. KI-spezifische Regelungserfordernisse zur Rechtmäßigkeit der Verarbeitung und Zweckbindung	97
C. KI-spezifische Ausgestaltung der Rechte der betroffenen Person	102
1. Transparenzpflichten	103
2. Betroffenenrechte nach Art 15 bis 20 DSGVO	104
III. Ausblick – Vorschläge des Diskussionsentwurfs	106
A. Art 11 Diskussionsentwurf als Rechtsgrundlage im Zusammenhang mit KI-Training und ähnlichen Massendatenaktivitäten	107
B. Art 12 Diskussionsentwurf als spezifische Ausgestaltung der Rechte der betroffenen Personen im Zusammenhang mit allgemeiner KI und ähnlichen Technologien	107
C. Schlussfolgerungen	108
1. Beitrag von Art 11 Diskussionsentwurf zur Rechtsvereinfachung und Rechtssicherheit	108
2. Beitrag von Art 12 Diskussionsentwurf zur Rechtsvereinfachung und Rechtssicherheit	110

Jochen Schneider

Risikobasierter Datenschutz – Gedanken zur Weiterentwicklung der DSGVO	113
I. Umfeld der Risikobeurteilung	114
A. Vorbemerkung, Intention	114
B. Erfassung auch der Alltags-Verarbeitung	115
C. Risikoorientierung außerhalb DSGVO	117
D. Schutzgut und Personenbezug	118
II. Prämissen für die weiteren Überlegungen	119
III. Grundlagen mit Blick auf Regelungsoptionen	122
A. Information, Daten	123
B. Pyramide, Schutzgut	125
C. Schutzgutorientierung: Von der Datenorientierung zum schutzgut-orientierten Risiko-Ansatz	128
IV. Risikobasierter Ansatz	132
A. Risikobasierter Ansatz und DSGVO	133

1. Zum Erfordernis eines materiellen Schutzgutes	133
2. Risikobasierung gegenüber klassischen Sphären des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	134
3. „Waage“ bei der Abwägung, Effekte der Regulierung	136
4. Risikoansätze in der DSGVO	137
B. Risiken in Digitalakten	139
1. Risiken in der KI-VO	139
2. Risiken im DSA	142
C. Grundsätze in der DSGVO mit Relevanz für den DA und die KI-VO	143
D. Weitere Impulse für die Ausgestaltung des Schutzguts	146
V. Ausblick: Produktsicherheit als Alternative zu Schutzpositionen des Einzelnen und der Gesellschaft?	147
 <i>Axel Voss</i>	
Pläne zur Reform der DSGVO	151
I. Die Datenschutz-Grundverordnung	151
A. Ziele im digitalen Zeitalter	151
B. Bedeutung für den Verbraucher- und Privatsphärenschutz	152
II. Herausforderungen der DSGVO	152
A. Datenschutz als Innovationshemmnis	153
1. Rechtliche Unsicherheit und Implementierung	154
2. Übermäßige Bürokratie und Kosten	155
3. Schlussfolgerung	156
B. Konkrete Vorschläge für eine Reform	157
1. Einführung eines risiko-basierten Ansatzes	157
2. Beachtung sektoraler Unterschiede	158
3. Anpassung des Bußgeldsystems	159
III. Fazit	159

Teil II: Wissenschaftlicher Diskussionsentwurf für eine KI-Datenschutz-VO

David Roth-Isigkeit

Datenschutz und der risikobasierte und asymmetrische Regulierungsansatz – Mehr Mut zum Risiko im Datenschutz?	163
I. Einleitung: Datenschutz und Risikorecht	163
II. Der risikobasierte Ansatz	164
A. Entwicklung im deutschen Verwaltungsrecht	165
B. Konzeptionelle Grundlagen	165
C. Limitierungen im Verhältnis Statistik und Recht	167
III. Risikomethodik im (Digital-)Verwaltungsrecht	168
A. Risikomethodik	168
1. Risikoermittlung	168
2. Rechtlicher Umgang mit Risiken	170
B. Beispiele aus dem Digitalverwaltungsrecht	172
1. KI-VO	172
2. DSA	173
3. Cybersicherheitsrecht	174
C. Überlegungen zum risikobasierten Ansatz im (Digital-)Verwaltungsrecht ...	175
IV. Risikobasierter Ansatz und Datenschutz	175
A. Risikoorientierung in der DSGVO	176

B. Einordnung des akademischen Diskussionsentwurfs	176
C. Übergreifende Bemerkungen	177
1. Datenrisiken	178
2. Geteilte Risikokonkretisierung	179
3. Grundrechtsschutz und Risikoorientierung	179
V. Fazit: Gelingensbedingungen von Risikoorientierung im Datenschutzrecht	180
<i>Sebastian Schwamberger</i>	
Internationaler Anwendungsbereich und anwendbares Recht	181
I. Einleitung	181
II. Internationaler Anwendungsbereich	183
A. Der territoriale Anwendungsbereich der DSGVO	183
1. Niederlassung in der EU, Art 3 Abs 1 DSGVO	183
2. Niederlassung außerhalb der EU, Art 3 Abs 2 DSGVO	185
B. Bewertung des territorialen Anwendungsbereichs in Art 2 Abs 2 Diskussionsentwurf	187
III. Anwendbares (Datenschutz-)Recht	189
A. Fehlendes Datenschutzkollisionsrecht in der DSGVO?	189
B. Zum Vorschlag für ein Datenschutzkollisionsrecht	191
1. Herkunftslandprinzip (Art 3 Abs 1 S 1 Diskussionsentwurf)	192
a) Zum Verhältnis mit der DSGVO und dem allgemeinen Kollisionsrecht	192
b) Zum (optionalen) asymmetrischen Ansatz	192
c) Zum Herkunftslandprinzip	193
d) Zum relevanten Zeitpunkt	194
e) Gemeinsame Verantwortung (Art 3 Abs 1 S 2 Diskussionsentwurf) ...	194
2. Abweichungen vom Herkunftslandprinzip	194
a) Nicht von Abs 1 erfasste Situationen (Art 3 Abs 2 Diskussionsentwurf) .	195
b) Akzessorische Anknüpfung (Art 3 Abs 3 Diskussionsentwurf)	196
(1) Logische Ergänzung des Herkunftslandprinzips	196
(2) Mögliche Anwendungsfälle	196
c) Zur offensichtlich engeren Bindung (Art 3 Abs 4 Diskussions- entwurf)	196
(1) Abs 4 als Auffangtatbestand	196
(2) Die Anknüpfung bei der Einwilligungsfähigkeit als typischer Fall	197
(3) Möglichkeit der Verbindung mit Abs 3?	198
IV. Gesamtbewertung	199
<i>Frederick Richter</i>	
Risikoreiche Datennutzungen und die Grenzen der Einwilligung – Zeit für eine partielle Demokratisierung der Datensouveränität	201
I. Das Risiko als Ausgangspunkt	201
A. Generelle Anknüpfung	202
B. Konkrete Anknüpfung	203
II. Die Einwilligung als Rechtsgrundlage	204
A. Chancen der Einwilligung	204
B. Schwächen der Einwilligung	205
C. Begrenzung der Einwilligung	207
III. Ergänzende Anmerkungen zum Diskussionsentwurf	209
A. Unternehmensgrößen als Einordnungsmerkmal	209

B. Beschränkung auf den KI-Kontext	210
C. Nichtantasten der DSGVO	211
<i>Gernot Fritz</i>	
Risikobasierter Datenschutz im KI-Zeitalter	213
I. Einleitung	214
II. Kapitel IV: Datenaktivitäten im Kontext von KI und anderen Technologien	215
A. Art 9: Non-personal use of personal data	217
1. Regelungsinhalt und Erwägungsgründe	217
2. Bedeutung für die Praxis	218
3. Bewertung aus Sicht unterschiedlicher Praxisakteure	219
4. Abschließende Einschätzung und Ausblick	220
B. Art 10: Non-sensitive use of sensitive personal data	220
1. Regelungsinhalt und Erläuterung der Erwägungsgründe	220
2. Praxisbeispiel und Anwendungsszenarien	221
3. Kritische Praxiswürdigung	222
C. Art 11: Legal basis in the context of training AI and similar bulk data activities	223
1. Regelungsinhalt und Erwägungsgründe	223
2. Praxisbezug und Beispiele	224
3. Kritische Würdigung, Chancen und Risiken	224
D. Art 12: Data subjects' rights in the context of general purpose AI and similar technologies	225
1. Regelungsinhalt und Erwägungsgründe	225
2. Kritische Würdigung – Chancen, Risiken und offene Praxisfragen	226
3. Ausblick	227
III. Kapitel V: Datenaktivitäten von kleinen Akteuren	228
A. Art 13: Exemption for minimal-risk data activities	229
1. Regelungsinhalt und Erwägungsgründe	229
2. Praxisbedeutung und Schnittstellen zum Kommissionsentwurf	230
3. Chancen, offene Fragen und Reflektionsbedarf	231
4. Zusammenfassung	231
B. Art 14: Effect of the exemption on other controllers and processors	232
1. Regelungsinhalt und Erwägungsgründe	232
2. Praxisrelevanz und Anwendungsbeispiele	233
3. Kritische Würdigung, Chancen und Herausforderungen	233
4. Zusammenfassung	234
C. Art 15: Right to stay out of the GDPR	235
1. Regelungsinhalt und Erwägungsgründe	235
2. Praxisbeispiele und typische Anwendungsszenarien	236
3. Kritische Bewertung und offene Fragen	236
4. Zusammenfassung	237
D. Art 16: Application of other laws	237
1. Regelungsinhalt und Erwägungsgründe	237
2. Kritische Würdigung, Praxisbeispiele und Herausforderungen	238
IV. Kapitel VI: Schlussbestimmungen	239
A. Inhalt und dogmatische Struktur der Kapitel-VI-Regelungen	239
B. Systematik und Praxisbezug	240
V. Fazit und Ausblick	240

Heidi Scheichenbauer

Die Datenschutzreform für NPOs – Wie können Belastungen gemindert werden ohne Betroffene zu gefährden?	243
I. Einleitung	243
II. Ein risikobasierter Ansatz als möglicher Weg	246
III. Der akademische Diskussionsentwurf für eine neue KI-Datenschutzverordnung	247
A. Herausforderung der Risikoeinschätzung	248
1. Minimale Risiken	248
2. Verbotene Praktiken	249
3. Hohe Risiken	249
B. Kleine für die Verarbeitung Verantwortliche	250
1. Zum NPO-Begriff	250
2. „Normale Tätigkeiten“ der Organisation	251
3. Erzielung von nicht mehr als [5] Prozent der Bruttojahreseinnahmen speziell mit der Verarbeitung personenbezogener Daten	251
4. Mögliche Gefahr der gezielten Umgehung der DSGVO?	253
5. Problematik sensible Daten	254
6. Herausforderung Grundrechte-Charta	255
IV. Weitere Initiativen/Vorschläge	257
A. Vorschlag einer asymmetrischen Regulierung durch Voss	257
B. Reformvorschläge der Europäischen Kommission	258
C. Weitere Vorschläge	260
V. Schlussbemerkung	261

Georg Heiler/Rania Wazir

Rethinking GDPR: Examining the draft text from an SME provider perspective	263
I. Introduction	263
II. Questions of clarity	264
A. Differences between “re-criticalisation” and “processing of personal data to infer sensitive characteristics”	264
B. Feasibility of data-subject consent in de-identified contexts (Art 5)	265
C. High-risk obligations for large-scale controllers (Art 7 and 10)	265
D. Fundamental rights – exceptions to Art 9 GDPR	267
E. What constitutes a large-scale controller	268
III. Questions of technical feasibility	268
A. Exchanging data reliably and securely	268
B. The problem of missing standards (Art 7)	268
IV. Impact on SMEs and competitiveness	269
A. Regulatory asymmetry	269
B. Increased relevance for data exchange in the era of AI	270
V. Standardisation and interoperability as a possible solution	271
VI. Summary	273

Teil III: Reformvorschlag des European Law Institute 275

Bernhard Nessler/Gregor Aichinger

Training und Betrieb von Large Language Modellen als Datenverarbeitung zu statistischen Zwecken lt Art 89 Abs 2 DSGVO	277
I. Problemaufriss	277

II. Speichern als Datenverarbeitung	278
A. Speichern im Datenschutzrecht	278
B. Speichern von Daten im technischen Sinne	279
C. Technikneutralität	280
D. Hinterlassen von Datenspuren	283
III. Aggregation von Daten zu statistischen Zwecken	285
A. Durchschnittliches Alter	286
B. Helligkeit eines Bildes	286
C. Textstatistik	287
D. Textstatistik mit einfacher Privacy Preserving Einschränkung	288
E. Differential Privacy	289
F. Training eines ML-Modells ist Aggregation	289
IV. Statistische Zwecke in der DSGVO	290
A. Statistik als Pseudonymisierung oder Anonymisierung	292
B. Privilegierung der Verarbeitung zu statistischen Zwecken	293
V. Inhalt eines LLMs	294
A. „Memorierung“ als Anthropomorphismus	294
B. Direkte Interpretation der Statistik eines LLMs	296
VI. Ausgabe eines LLMs	297
A. Unsichtbare und verdeckte Datenspuren	297
B. Prompt-induzierte personenbezogene Ausgabe	298
VII. Conclusio – Effektuierte Betroffenenrechte	299
A. Betroffenenrechte	299
B. Aggregation als statistischer Zweck	300
C. Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	301
D. Betroffenenrechte und mitgliedstaatliche Öffnungsklausel	301
VIII. De lege ferenda	302
A. Interessensabwägung und Grundsätze	302
B. Technische und organisatorische Maßnahmen	302
C. Recht auf Löschung des statistischen Modells	303
D. Trainingsdatensatz und Daten besonderer Kategorie	304
 <i>Christiane Wendehorst</i>	
Wissenschaftlicher Diskussionsentwurf für eine KI-Datenschutz-VO	305
Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen	305
Artikel 1: Zweck	305
Artikel 2: Sachlicher und territorialer Geltungsbereich	307
Artikel 3: Anwendbares Recht	308
Artikel 4: Begriffsbestimmungen	309
Kapitel II: Verbotene Datenverarbeitungen	316
Artikel 5: Verbotene Datenverarbeitungen	316
Kapitel III: Hochrisiko-Datenverarbeitungen	322
Artikel 6: Hochrisiko-Datenverarbeitungen	322
Artikel 7: Großverantwortliche, die Hochrisiko-Datenverarbeitungen durchführen	325
Artikel 8: Datenbank für Großverantwortliche und Großauftragsverarbeiter	328
Datenverarbeitungen im Zusammenhang mit KI und anderen neuen Technologien	329
Artikel 9: Nicht-personenbezogene Verwendung personenbezogener Daten	329
Artikel 10: Nicht vertrauliche Verwendung sensibler personenbezogener Daten ...	331

Artikel 11: Rechtsgrundlage im Zusammenhang mit dem Training von KI und ähnlichen Massendatenverarbeitungen	334
Artikel 12: Rechte der betroffenen Personen im Zusammenhang mit KI-Modellen mit allgemeinem Verwendungszweck und ähnlichen Technologien	335
Kapitel V: Datenverarbeitungen Kleinverantwortlicher und Kleinauftragsverarbeiter ..	338
Artikel 13: Ausnahme für Datenverarbeitungen mit minimalem Risiko	338
Artikel 14: Auswirkungen der Ausnahme auf andere Verantwortliche und Auftragsverarbeiter	341
Artikel 15: Recht, aus der DSGVO herausgehalten zu werden	342
Artikel 16: Anwendung anderer Rechtsvorschriften	345
Kapitel VI: Schlussbestimmungen	347
Artikel 17: Zuständige Behörden und Rolle des Europäischen Datenschutz- ausschusses	347
Artikel 18: Sanktionen	348
Artikel 19: Änderungen anderer Rechtsvorschriften	348
Artikel 20: Bewertung und Überprüfung, Inkrafttreten und Anwendung	349
 <i>European Law Institute, Wien (Oktober 2025)</i>	
Einfacher, gerechter, effektiver – auf dem Weg zu einer zielgerichteten Reform des EU-Datenschutzrechts	351
Zusammenfassung	352
I. Einleitung	353
II. Lehren aus dem Draghi-Bericht: Ein dualer Reformansatz	355
A. Entlastung von KMUs bei gleichzeitiger Verbesserung des Grundrechts- schutzes	355
1. Optionen für einen risikobasierteren Ansatz	355
2. Voraussetzung: Verbesserung des Grundrechtsschutzes <i>per saldo</i>	357
3. Die Idee eines dreistufigen Regulierungssystems	357
4. Die Idee der Einführung von „roten Linien“ sowie Ausnahmen von der DSGVO	358
B. Verringerung regulatorischer Unstimmigkeiten zugunsten von Innovation ..	359
1. „Lösung des „Artikel 9-Problems“	359
2. DSGVO und KI-VO: Gewährleistung von Rechtssicherheit für die KI-Entwicklung in Europa	360
3. Verringerung der Unterschiede bei der Umsetzung oder Durchsetzung	360
II. Modulare Vorschläge für einen wahrlich risikobasierten Ansatz	361
A. Listen verbotener und ausgenommener Datenverarbeitungen	361
1. Verbot besonders schädlicher Datenverarbeitungen	361
2. Befreiungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit geringem Risiko	365
B. KMUs von regulatorischen Belastungen befreien und auf diejenigen verlagern, die sie tragen können	368
1. Das Konzept der „Kleinverantwortlichen“ und „Kleinauftragsverarbeiter“	368
2. Eine „milderes Regime“ für andere als Hochrisiko-Datenverarbeitungen ..	369
3. Geringerer Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der Beauftragung von Auftragsverarbeitern	374
C. Verbesserung des Grundrechtsschutzes vor Hochrisiko-Datenverarbeitung ..	375
1. Das Konzept des „Großverantwortlichen“ und des „Großauftrags- verarbeiters“	375
2. Eine harmonisierte Liste von „Hochrisiko-Datenverarbeitungen“	376
3. Besserer Schutz durch effektives Einwilligungsmanagement	381

4. Transparenz und Rückverfolgbarkeit von Datenhändlern	385
5. Verpflichtende Prüfungen für sehr große Akteure	386
III. Modulare Vorschläge zur Erleichterung von Innovation	389
A. Beseitigung von Unsicherheiten im Zusammenhang mit besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten	389
1. Beschränkung von Artikel 9 auf sensible Datenverarbeitungen	389
2. Zusätzliche Rechtsgrundlagen für die zulässige Verarbeitung besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten	390
B. Beseitigung von Unsicherheiten im Zusammenhang mit neuen Technologien	391
1. Rechtsgrundlage für das Training von KI und ähnliche Aktivitäten	391
2. Rechte der betroffenen Personen im Zusammenhang mit KI	393
C. Verringerung der Unterschiede bei der Umsetzung und Durchsetzung	396
1. Eine neue Kollisionsnorm	396
2. Zentralisierung bestimmter Aufgaben der Aufsichtsbehörden	398
3. Beispielhafte Liste berechtigter Interessen	399
 <i>Europäische Kommission (November 2025)</i>	
Vorschlag für eine Digital-Omnibus Verordnung – COM(2025) 837 final (Auszug) ..	403
Artikel 3: Änderung der Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO)	403
 <i>European Law Institute (März 2026)</i>	
Damit Vereinfachung und Verbesserung Realität werden – ELIs Vorschläge zur Überarbeitung des Digital-Omnibus (Auszug)	413
III. Änderungen der DSGVO	413
1. Kodifizierung des Urteils des EuGH in der Rechtssache <i>EDPS gegen SRB</i> (C-413/23 P)	413
Artikel 4: Begriffsbestimmungen	414
2. Schaffung von Rechtssicherheit für die Entwicklung und den Betrieb von KI	416
Eine technologieneutralere Lösung, die auf die wichtigsten Punkte eingeht .	417
Artikel 88c: Verarbeitung im Zusammenhang mit KI und ähnlichen Technologien	419
Rechtssicherheit in Bezug auf KI-Ausgaben und deren Zusammenhang mit dem KI-System oder -Modell	423
Artikel 88d: Personenbezogene Daten in Ausgaben	424
3. Beseitigung allgemeiner Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	426
Beschränkung von Artikel 9 auf sensible Verarbeitungsvorgänge	426
Zusätzliche Gründe für die zulässige Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	428

Von der NIS-2-Richtlinie zum NISG 2026

VON

Dr. Hans Kristoferitsch, LL.M.

Univ.-Prof. (SFU) Dr. Konrad Lachmayer

Dr. Lukas B. Wieser



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Herausgeber- und Autor:innenverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV
Das NISG 2026 – Eine Einführung (<i>Katharina Gradischnig/Felix Krysa</i>)	1
I. Einleitung	1
II. Bisherige Rechtslage: die NIS-1-Richtlinie und das NISG	2
A. NIS-1-Richtlinie	2
B. NISG	3
1. Der sachliche Anwendungsbereich des NISG	4
a. Betreiber wesentlicher Dienste	4
b. Anbieter digitaler Dienste	6
c. Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung	6
2. Die Verpflichtungen gem §§ 16 ff NISG	7
a. Pflichten für Betreiber wesentlicher Dienste	7
b. Pflichten für Anbieter digitaler Dienste	9
c. Pflichten für Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung	10
3. Cyberkrise und Koordinationsausschuss	11
4. Verwaltungsstrafbestimmungen	12
5. Zwischenfazit	12
III. Die NIS-2-Richtlinie und das NISG 2026	13
A. Der sachliche Anwendungsbereich des NISG 2026	14
1. Die Sektoren	14
2. Bestimmung der Schwellenwerte	15
3. Unionsbezug	15
4. Wesentliche und wichtige Einrichtungen	16
B. Der Pflichtenkatalog des NISG 2026	16
1. Pflichten der Mitgliedstaaten	16
2. Pflichten der Einrichtungen	17
a. Risikomanagementmaßnahmen	17
b. Berichtspflicht	19
c. Aufsicht, Durchsetzung und Sanktionen	19
IV. Unterschiede NIS-1-Regulierung und NISG 2026	20
A. Ausdehnung des sachlichen Anwendungsbereichs	21
B. Wesentliche und wichtige Einrichtungen als Adressaten des NISG 2026	21

Inhaltsverzeichnis

C. Pflichtenprogramm und dessen Ausgestaltung durch das NISG 2026	22
D. Aufsicht und Durchsetzung	23
V. Fazit	24
Grundrechtliche Perspektiven (Konrad Lachmayer)	25
I. Von polizeilicher Cyberabwehr zur IT-Sicherheit	25
A. Problemstellungen sicherheits- und kriminalpolizeilicher Cyberabwehr	25
B. Regulatorische IT-Sicherheit	27
II. Grundrechtliche Rahmenbedingungen im Mehrebenensystem	29
A. Grundrechte im Mehrebenensystem	29
B. Grundrechtsverpflichtete und Grundrechtsträgerschaft	30
1. Grundrechtsverpflichtete	31
2. Grundrechtsträgerschaft	32
III. Involvierte Unternehmen und behördliche Maßnahmen	33
A. Das Grundrechtsbekenntnis der NIS-2-RL	33
B. Involvierte Unternehmen	34
C. Unternehmensbezogene Verpflichtungen und Aufsichtsmaßnahmen	35
IV. Betroffene Grundrechte	36
A. Schutz des Eigentums	36
B. Schutz der Privatsphäre im Allgemeinen	38
C. Datenschutz im Besonderen	39
D. IT-Sicherheit als Grundrecht?	41
E. Gleichheit vor dem Gesetz	42
F. Verbot der Selbstbezeichnung	44
G. Verfahrensgrundrechte	46
V. Schlussfolgerungen	47
Der Anwendungsbereich des NIS-2-Cybersicherheitsrechts (Lukas B. Wieser)	49
I. Vom Nischenthema zur „Chefsache“	49
II. Anwendungsbereich im Überblick	51
III. Die Sektoren der Anhänge I und II	53
A. Allgemeines	53
B. Anhang I	55
1. Energie (Nr 1 Anhang I)	55
2. Verkehr (Nr 2 Anhang I)	56
3. Bankwesen (Nr 3 Anhang I)	57

Inhaltsverzeichnis

4. Finanzmarktinfrastrukturen (Nr 4 Anhang I)	57
5. Gesundheitswesen (Nr 5 Anhang I)	57
6. Trinkwasser (Nr 6 Anhang I)	58
7. Abwasser (Nr 7 Anhang I)	58
8. Digitale Infrastruktur (Nr 8 Anhang I)	59
9. Verwaltung von IKT-Diensten (Business-to-Business) (Nr 9 Anhang I)	60
10. Öffentliche Verwaltung (Nr 10 Anhang I)	60
11. Weltraum (Nr 11 Anhang I)	61
C. Anhang II	62
1. Post- und Kurierdienste (Nr 1 Anhang II)	62
2. Abfallbewirtschaftung (Nr 2 Anhang II)	62
3. Produktion, Herstellung und Handel mit chemischen Stoffen (Nr 3 Anhang II)	63
4. Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln (Nr 4 Anhang II)	64
5. Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren (Nr 5 Anhang II)	65
6. Anbieter digitaler Dienste (Nr 6 Anhang II)	66
7. Forschung (Nr 7 Anhang II)	66
IV. Große und mittlere Unternehmen	67
A. Die Größenklassen der KMU-Empfehlung	67
B. Zurechnung von verbundenen und Partnerunternehmen	68
1. Regel: Konsolidierung im Konzern	68
2. Ausnahme: Keine Zurechnung bei organisatorischer, technischer und operativer Unabhängigkeit (§ 25 Abs 4 NISG 2026)	69
V. Größenunabhängige Anwendung	71
A. Allgemeines	71
B. Ausübung einer spezifischen Tätigkeit/Tätigkeit in einem spezifischen (Teil-)Sektor	71
C. Systemische Bedeutung	72
VI. Prüfschema Anwendungsbereich	74
Zum Schutzgut des Cybersicherheitsrisikomanagements iSd Art 21 der NIS-2-RL (Boris Treml)	75
I. Einleitung und Gang der Untersuchung	75
II. Die Entstehung des modernen IT-Sicherheitsrechts vom Politikansatz zur NIS-Regulierung	76

Inhaltsverzeichnis

III. Die Schutzgüter des Cybersicherheitsrisikomanagements	80
A. Das NIS im Detail	81
1. Elektronisches Kommunikationsnetz	81
a. Übertragungssystem	81
b. Stromleitungssysteme	83
c. Netze für Hör- und Fernsehfunk sowie Kabelfernsehtetze	84
d. Der Begriff des elektronischen Kommunikationsnetzes	84
2. Das Gerät als Bestandteil des NIS	84
3. Digitale Daten als Bestandteil des NIS	85
4. Abschließende Betrachtung des NIS	86
a. Berücksichtigung Strafrechtsrichtlinie	86
b. Abschließende Betrachtung	88
B. Das Schutzgut von der NIS-1-RL zur NIS-2-RL	89
C. Die Bedeutung des IKT-Dienstes, -Produktes und -Prozesses	90
D. Auslegung des NIS-2-Schutzgutes im Lichte der DORA	91
E. Zum Schutzziel der DORA	91
IV. Fazit	94
 Lieferkettensicherheit gemäß der NIS-2-RL (Christoph Reiter/ Marcus Luser)	
I. Die Bedeutung von Cybersicherheit in der Lieferkette	97
II. Normative Grundlagen	98
III. Lieferkettensicherheit als vertragliche Realität – Notwendigkeit der Umsetzung im Vertragsbestand	99
A. NIS-2 – Analyse bestehender Lieferantenverträge, Informationspflichten des Lieferanten?	101
1. Vertragliche Neben(leistungs)plichten	101
a. Selbstständige Nebenleistungspflichten	102
b. Unselbstständige Nebenleistungspflichten	103
c. Schutz- und Sorgfaltspflichten	103
d. Rechtsfolgen bei Verletzung vertraglicher Neben(leistungs)plichten	103
2. Informationspflicht des Lieferanten als vertragliche Neben(leistungs)plicht?	104

Inhaltsverzeichnis

B. Einseitige Anpassung bestehender Lieferantenverträge?	106
1. Vertragsanpassung wegen Irrtums?	106
a. Allgemeines	106
b. Voraussetzungen für eine Vertragsanpassung wegen Irrtums	107
aa. Beachtlichkeit des Irrtums	107
bb. Kausalität und Wesentlichkeit des Irrtums	108
cc. Vorliegen einer der Alternativvoraussetzungen des § 871 ABGB	109
c. Einseitige Anpassung von Lieferantenverträgen wegen Irrtums in Bezug auf NIS-2?	110
2. Vertragsanpassung wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage?	111
a. Allgemeines zur Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage	111
b. Konkrete Tatbestandsvoraussetzungen	112
aa. Fehlen oder Wegfall einer Geschäftsgrundlage	112
bb. Weitere Voraussetzungen	113
c. Rechtsfolgen bei Wegfall der Geschäftsgrundlage	114
d. Einseitige Anpassung von Lieferantenverträgen wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage durch Inkrafttreten von NIS-2?	115
3. Verhandlungspflicht und Kontrahierungszwang des Vertragspartners?	116
a. Ergänzende Vertragsauslegung	116
aa. Allgemeines zur ergänzenden Vertragsauslegung	116
bb. Verhandlungspflicht und Kontrahierungszwang als Resultat ergänzender Vertragsauslegung?	117
b. Verhandlungspflicht und Kontrahierungszwang zur Umsetzung von NIS-2?	118
4. Fazit	121
C. Ultima ratio – Vertragsauflösung	121
1. Außerordentliche Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	122
a. Allgemeines zur (außer-)ordentlichen Kündigung	122
b. Voraussetzungen für eine außerordentliche Kündigung	123
aa. Wichtiger Kündigungsgrund	123
bb. Rechtzeitige Geltendmachung	124
c. Rechtsfolgen einer außerordentlichen Kündigung	125
d. Exkurs: Verhältnis zum Institut des Wegfalls der Geschäftsgrundlage	125

Inhaltsverzeichnis

2. Außerordentliche Kündigungsmöglichkeit iZm der NIS-2-RL	126
IV. Fazit und Ausblick	128
Deliktische Haftung bei Verstößen gegen die NIS-2-Regelungen?	
(Roman Heidinger)	131
I. Einleitung	131
II. Abgrenzung zur Vertragshaftung und Haftung von Organen gegenüber der Gesellschaft	132
III. Datenschutzverletzungen als Sonderfall	133
IV. Deliktische Haftung für Cybersicherheitsvorfälle nach allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen	133
A. Allgemeines	133
B. Haftung wegen Eingriffs in absolut geschützte Rechtsgüter	135
C. Haftung wegen Schutzgesetzverletzung	139
D. Problematik der Gehilfenzurechnung	142
V. Zusammenfassung	143
Cybersicherheitsrechtliches Verwaltungshandeln	
(Eleonóra Wagenknecht)	145
I. Einleitung	145
II. Zuständige Behörden	146
A. Bisheriges Konzept	146
B. Änderungen durch die NIS-2-RL und das NISG 2026	148
1. Allgemeines	148
a. Behörden	148
b. Betroffene Einrichtungen	149
2. Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen	149
a. Aufsichtsmaßnahmen	149
aa. Maßnahmen gegenüber wesentlichen Einrichtungen	149
bb. Maßnahmen gegenüber wichtigen Einrichtungen	151
b. Durchsetzungsmaßnahmen	152
aa. Generelle Maßnahmen	152
bb. Maßnahmen gegenüber wesentlichen Einrichtungen im Besonderen	153
III. Computer-Notfallteams	153
A. Bisheriges Konzept	153
B. Änderung durch die NIS-2-RL und das NISG 2026	154
C. Beleihung von CERT.at	155

Inhaltsverzeichnis

IV. Einordnung des Verwaltungshandelns und Rechtsschutz	158
A. Allgemeines	158
B. Cybersicherheitspolizei	158
C. Cybersicherheitsrechtliche Hoheitsverwaltung	161
1. Bescheide	161
2. Akte unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt (AuvBZ)	161
3. Schlichte Hoheitsverwaltung	162
D. Rechtsschutzdefizit	163
V. Fazit	164
Stichwortverzeichnis	167

Das Streben nach Klarheit und Lesbarkeit veranlasst uns dazu, im Text auf die gleichberechtigte Nennung aller Geschlechter zu verzichten. Sämtliche personenbezogene Hauptwörter beziehen sich gleichermaßen auf die Entsprechungen anderer Geschlechter.

t.

TRAUNER VERLAG

UNIVERSITÄT

Schriftenreihe
Umweltrecht und
Umwelttechnikrecht

19

ERIKA WAGNER (HRSG.)

Transformation im Biodiversitäts- und Energierecht

**Beiträge zum Umwelt- und
Umwelttechnikrecht 2026**

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	I
Inhaltsübersicht.....	III
Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
 Teil I: Lebensraum- und Artenschutz	 1
Wie nachhaltig kann der Vertragsnaturschutz dem Ziel der Erhaltung der Biodiversität in Nationalparks Rechnung tragen? (Lorenz Sieghartsleitner).....	 1
Rechtliche Situation des Fischotters (<i>Lutra lutra</i>) in Niederösterreich sowie Vergleiche mit anderen Bundesländern und EU-Staaten (Maximilian Engelhardt)	 77
Moorschutz in Österreich (Melanie Glanznig)	 113
Flächenversiegelung – Gesetze zum Bodenschutz in Österreich und Deutschland (Michael Greul)	 173
Die Bedeutung der Alpenkonvention für die rechtliche Steuerung des Transitverkehrs im Alpenraum (Tobias Langhoyer)	 219
 Teil II: Energiewende	 259
Energiegemeinschaften in Österreich nach dem Clean Energy Package: Eine Darstellung und Diskussion der Rechtslage (Julia Riegler-Hörth).....	 259
Novellierung des Bundes-Energieeffizienzgesetzes (EEffG): Umsetzung, Neuerungen und Auswirkungen (Valentin Ehrentraut)	 331

Marianne Bruckmüller
Caroline Lechner-Hartlieb
Herwig Mitter (Hrsg)

Aktuelle verfassungsrechtliche Herausforderungen

Tagung der verfassungsrechtlichen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
des Verfassungsgerichtshofes,
Klagenfurt, 17.–18. Oktober 2025

2026

Sammelband

■ VERLAG
■ ÖSTERREICH

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort

Christoph Grabenwarter V

Vorwort

*Marianne Bruckmüller/Caroline Lechner-Hartlieb/
Herwig Mitter* VII

Inhaltsverzeichnis XI

Abkürzungsverzeichnis XIII

Autorinnen- und Autorenverzeichnis XIX

Klima und Verfassung

Verena Madner I

Grundversorgung und Verfassung

Wolfgang Urbantschitsch 15

Migration und Verfassungsgerichtsbarkeit.

Vom Heimatrecht bis zum Asylrecht – und was

Hans Kelsen (vielleicht) damit zu tun hat

Philipp Selim 33

Die Kommunikation von Regierungsmitgliedern in sozialen Netzwerken

Hannah Grafl 53

Zivilgesellschaft und Verfassung: Vereinigungen, Versammlungen und Rechtsgestaltungsmöglichkeiten

Caroline Lechner-Hartlieb 65

Genese, Gehalt und Grenzen des Grundrechts auf freie Selbstbestimmung

Christoph Gärtner 93

XI

Europarecht

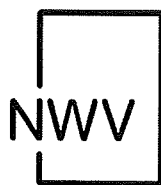
Jahrbuch 2026

herausgegeben

von

Univ.-Prof. Dr. Marcus Klamert, MA

Universität Graz
Institut für Europarecht
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst



Wien 2026

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Abkürzungsverzeichnis	9

Grundsätzliches

Moriz KOPETZKI/Franz KOPPENSTEINER/Elizaveta SAMOILOVA

Urteilsüberblick	13
-------------------------------	-----------

Paul GRAGL

Rechtsstaatlichkeit	55
----------------------------------	-----------

Birgit HOLLAUS

Grundrechte	85
--------------------------	-----------

Grundfreiheiten und Unionsbürgerschaft

Franz LEIDENMÜHLER

Grundfreiheiten des Binnenmarkts	127
---	------------

Walter OBWEXER

Diskriminierungsverbot und Unionsbürgerschaft	139
--	------------

Wettbewerbsrecht und Vergaberecht

Johannes HARTLIEB/Peter THYRI

Unternehmensbezogene Wettbewerbsregeln	171
---	------------

Sissy KITZMÜLLER/Christoph JURICEK

Vergaberecht	185
---------------------------	-----

Privatrecht

Simon LAIMER/Sebastian HÖRBURGER

Internationales Privatrecht	209
--	-----

Maria FÖRSTER/Gabriel KOGLER/Lisa NADERER/Jasmin RANDA

Europäisches Zivilrecht	235
--------------------------------------	-----

Politikbereiche

Paul WEISMANN

Wirtschafts- und Währungsunion	339
---	-----

Stefan FÜRBOCK/Florian GRABER

Umwelt und Energie	361
---------------------------------	-----

Marcus KLAMERT/Stefan MAYR

Auswärtiges Handeln	405
----------------------------------	-----

Stichwortverzeichnis	427
-----------------------------------	-----

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	433
---	-----